

DOSSIER

Ohne Netzneutralität droht das Internet, wie jetzt bereits das Fernsehen, von Medienkonzernen beherrscht zu werden. Zeichnung von Titom zur De-facto-Zensur im belgischen Fernsehen.



ILLU: TITOM - LICENCE CREATIVE COMMONS BY-NC-ND 2.0 BE

NETZNEUTRALITÄT

Die guten ins Töpfchen?

Raymond Klein

Filtertechnologie ermöglicht es, Internet-Datenpakete selektiv zu behandeln. Doch wenn die Netzbetreiber bestimmte Inhalte bevorzugt behandeln, benachteiligen sie andere. Damit ist die Online-Freiheit auch in der westlichen Welt bedroht.

Für das Internet gilt das Gleiche wie für andere neue Technologien: Manche sehen es als Hort des Bösen, andere preisen es als Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Dem Internet feindlich gesonnen sind auch autoritäre Regierungen, die entweder die Online-Bewegungsfreiheit stark einschränken oder ihren Bürgern den Zugang zum Netz grundsätzlich erschweren, wie der zweite Beitrag dieses Dossiers belegt. Welche neuen Möglichkeiten das Internet eröffnet, zeigt der dritte Beitrag über neue Formen der Erinnerungskultur. Voraussetzung für solcherart kreative Nutzungsformen ist allerdings die Freiheit – für die Teilnehmenden genauso wie für die InitiatorInnen. Dazu gehört die Zugänglichkeit solcher Websites, also die Offenheit des Internet. Ein Bereich, in dem die sogenannte freie Welt vor allem aufgrund von kommerziellen Interessen dabei ist, Freiheiten stark einzuschränken.

Alle Pakete sind gleich ...

Was seit Jahren international Thema ist, wird seit Anfang des Jahres auch in Luxemburg diskutiert. Im Anschluss an eine grüne „Interpellation“ zur Netzneutralität im vergangenen November bereitet die Medienkom-

mission zurzeit eine parlamentarische Orientierungsdebatte zu diesem Thema vor. Dabei geht es darum, dass Internet-Diensteanbieter, also Anbieter von „Internet-Anschlüssen“ wie etwa die Post, bei der Datenübertragung alle „Pakete“ gleich behandeln. Auf einer tieferen technischen Ebene werden nämlich alle übers Internet gesendete Daten, egal ob E-Mail oder Video-Stream, in Internet-Protocol-Pakete zerlegt.

Ursprünglich sollte das Internet alle Pakete gleich behandeln, und die Qualität der Verbindung nur vom Übertragungsvolumen und der im Abonnement vorgesehenen Datenrate abhängen, nicht von Ursprung und Typ der übertragenen Daten. Ist diese Voraussetzung gegeben, kommt einerseits eine reine Text-Mail schneller an als eine mit Video-Anhang, andererseits lädt ein bildschirmfüllendes Werbefoto genauso schnell wie eine politische Karikatur. Es gibt allerdings technische Argumente dafür, von dieser Neutralität abzuweichen: Wenn man die Datenpakete entsprechend ihrem Inhalt behandelt, lässt sich gegebenenfalls die Übertragung optimieren. So ist bei einem Telefongespräch die Gleichzeitigkeit besonders wichtig, eine Videoübertragung dagegen kann ruhig verzögert beginnen, dafür muss die Datenrate konstant gehalten werden.

Doch den Kritikern der Netzneutralität – der Lobby der Netzbetreiber – geht es längst um mehr als um Optimierung. Zum einen lässt sich Geld verdienen, wenn man mit den Anbietern von Inhalten Verträge abschlie-

ßen kann, zum Beispiel darüber, dass man ihre Video-on-Demand-Filme besonders schnell überträgt. Zum anderen lassen sich Inhalte der Konkurrenz ausbremsen oder gar blockieren. Bekanntestes Beispiel sind die Kundenverträge beim Internet-Mobilfunk, die eine Nutzung von „Voice over IP“, also Programmen wie Skype, untersagen.

Tote Skype-Leitung

Solche Vorgehensweisen bewegen sich derzeit in einer rechtlichen Grauzone. Einerseits bedrohen sie sowohl die Handels- als auch die Meinungsfreiheit. Andererseits hat sich die EU-Kommission bisher nicht dazu entschließen können, klare Regeln vorzugeben. 2009 wurde die Neufassung der Telekom-Richtlinie lediglich durch ein Bekenntnis zur Netzneutralität ergänzt – im Anhang, und damit unverbindlich. Ein neuer Bericht der europäischen Regulierungsbehörden scheint eher die Neutralitätsgegner zu stärken – zu denen auch die Auftraggeberin, die Digital-Agenda-Kommissarin Neelie Kroes, zählt. In der jüngsten Ausgabe der Computerzeitschrift „c’t“ wird ihr vorgeworfen, „Etikettenschwindel“ zu betreiben, weil sie sich öffentlich zur Netzneutralität bekennet, tatsächlich aber keine Regulierung anstrebe, sondern auf Markt und Konkurrenz setze.

In Luxemburg verläuft die Diskussion etwas anders, auch weil, wie Medienminister François Biltgen selber zugibt, Skype hierzulande ansässig ist. Es besteht ein breiter Konsens

darüber, dass Netzneutralität zu den Fundamenten des Internet gehört. Sogar der größte Internetzugangs- und Mobilfunkbetreiber, die Post, hält sich mit Vorschlägen für eine Filterung der Inhalte zurück. Laut Regulierungsbehörde ILR gibt es derzeit auch kein Neutralitätsproblem bei den Luxemburger Netzzugängen. Bei der geplanten Orientierungsdebatte wird es darum gehen, ob gesetzliche Vorschriften erforderlich sind, und wenn ja, welche. Zur Debatte steht neben dem Prinzip der Netzneutralität zum Beispiel auch der Vorschlag von Claude Adam (Déi Gréng), einen „Service universel“ einzuführen, der einen Internetzugang „mit vernünftiger Bandbreite zu einem vernünftigen Preis“ garantiert – also eine Art sozialer Netzneutralität zu schaffen.

Die Debatte über die Netzneutralität ist bedeutsam, denn es geht um mehr als nur die Freiheit der Medienkonsumenten. Die Entscheidung zwischen Regulierung und Laissez-faire beinhaltet auch die Frage nach der Natur des Internet: Ist es Spielfeld für kommerzielle Interessen oder öffentliches Gemeingut? Außerdem erinnert uns diese Diskussion daran, dass in der freien Welt längst nicht alles so frei ist, wie es scheint. Die Aufgabe des Prinzips Netzneutralität würde auch den „Feinden des Internet“, um die es im zweiten Beitrag geht, eine neue Rechtfertigung liefern. Wenn im Westen der Zugang zu Informationen aus schnöden kommerziellen Gründen eingeschränkt würde, dann erschiene die politisch begründete Zensur weniger skandalös.

DOSSIER

STAATEN GEGEN DAS INTERNET

Verfolgung im Netz

Andreas Lorenz-Meyer

Staatliche Internet-Zensur versucht, die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Autoritäre Regierungen scheuen bei den Kontrollmaßnahmen keinen Aufwand, doch Blogger und Dissidenten lassen sich nicht den Mund verbieten.

„Reporter ohne Grenzen“ bezeichnet derzeit zwölf Länder sehr plakativ als „Feinde des Internet“: China, Kuba, Iran, Myanmar (Birma), Nordkorea, Saudi-Arabien, Bahrain, Syrien, Belarus (Weißrussland), Turkmenistan, Usbekistan und Vietnam. Tunesien und Ägypten gehören seit dem „arabischen Frühling“ nicht mehr zu dieser ersten Kategorie. Sie haben den Status „unter Beobachtung“, so wie zwölf andere Nationen: Eritrea, Russland oder die Türkei, aber auch Frankreich und Australien.

China ist die unbestrittene Nummer Eins unter den Zensur-Staaten. Das Land hat eine „Great Firewall“ um sich herum aufgebaut, 30.000 Personen sollen in den Zensurapparat eingebunden sein. Zu diesem gehört auch ein bezahltes Heer von Kommentatoren, die bei kritischen Blog-Einträgen staatskonforme „Gegendarstellungen“ schreiben. Im übrigen wird auf Einschüchterung gesetzt: Hin und wieder erscheinen Cyber-Polizisten auf Webseiten und halten Nutzer zu „harmonischem“ Verhalten an.

Harmonisch und sauber

Unliebsame Seiten werden angegriffen und lahmgelegt (Denial of Service). Oder man versucht, in die Server einzubrechen - auch im Ausland. Anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Systemkritiker und Menschenrechtler Liu Xiaobo im Oktober 2010 zum Beispiel. Nach seiner Ernennung wurde die Webseite des Preises gehackt und allen Besuchern Schadcode untergejubelt. Mit der aufwändigen Zensur werden aber nicht nur politische Absichten verfolgt. Es geht auch schlicht und einfach um Geld. Durch die Sperrung von „großen“ westlichen Seiten steigt die Popularität der chinesischen Facebook- oder YouTube-Ableger - und damit ihr Umsatz.

Nicht selten kaufen autoritäre Staaten Zensursysteme von westli-



Die Große Mauer ist einzigartig. Die „Great Firewall“, mit der die chinesische Regierung den Internetzugang einschränkt, leider auch. Ob sie wohl ausreicht, einen Dammbruch zu verhindern?

chen Herstellern und lassen sie auch von westlichen Ingenieuren warten. Auch in Iran wird ein importiertes Filtersystem genutzt. Der Staatsapparat in Teheran betreibt eine Dämonisierung des Netzes. Im September 2010 erklärte das Staatsfernsehen Facebook und Twitter zu „Feinden“ des Landes. Sie seien ein Werkzeug westlicher Geheimdienste, mit dem Mitglieder rekrutiert und Informationen gesammelt würden. Ein „Expertenkomitee“ brütete eine Liste von Internetdelikten aus. Verboten sind Inhalte, welche gegen die „Gesellschaftsmoral“ verstoßen, „religiöse Werte“ verletzen oder den „sozialen Frieden“ gefährden - allesamt willkürlich auslegbare Begriffe.

Große Teile des Netzes sind den iranischen Nutzern verschlossen, etwa die Videoplattformen YouTube und Flickr. Selbstredend sind auch Webseiten mit israelischer Endung (.il) nicht aufrufbar. Seit 2010 wird sogar eine „Cyberarmee“ in den Kampf gegen die freie Meinung geschickt. Todesstrafe für Blogger? Auch das, und zwar wegen „Beleidigung des heiligen Islam“. Das Regime will sogar noch einen Schritt weiter gehen: Ein geschlossenes, „sauberes“ Iran-Intranet soll entstehen, abgekoppelt vom Rest der Netzwelt.

Trostlos ist die Situation in Nordkorea, wo es erst seit kurzem Zugang zum Internet gibt - ein Privileg weniger Diplomaten. Auch in Myanmar wird das Internet vom Volk ferngehalten: Bei einer Stichprobe waren gerade einmal 118 von 12.284 IP-Adressen mit der Endung .mm nicht blockiert. Dennoch gibt es schätzungsweise 1.500 Blogger - auch sie werden als „Feinde des Landes“ behandelt und eingesperrt. Wer in Saudi-Arabien sensible Themen anspricht, muss ebenfalls mit Repressionen rechnen. Frauen lässt das Internet allerdings Freiräume, die sie in der Gesellschaft sonst nicht haben. Daher ist es kein Wunder, dass die meisten saudischen Blogger weiblich sind. Auf Facebook protestierte eine Frau dagegen, dass sie nicht in einem Damenunterwäscheschladen arbeiten darf. 10.000 Nutzerinnen schlossen sich an.

Bit für Bit umschiffen

Und der „arabische Frühling“? Es ist sicher nicht so, dass die Revolutionen in Tunesien oder Ägypten allein von sozialen Netzwerken vorangetrieben wurden. Dennoch: Unterdrücker haben gehörigen Respekt vor der Macht des Internets, unterschätzen wird es niemand mehr. Auch nicht

FOTO: RK

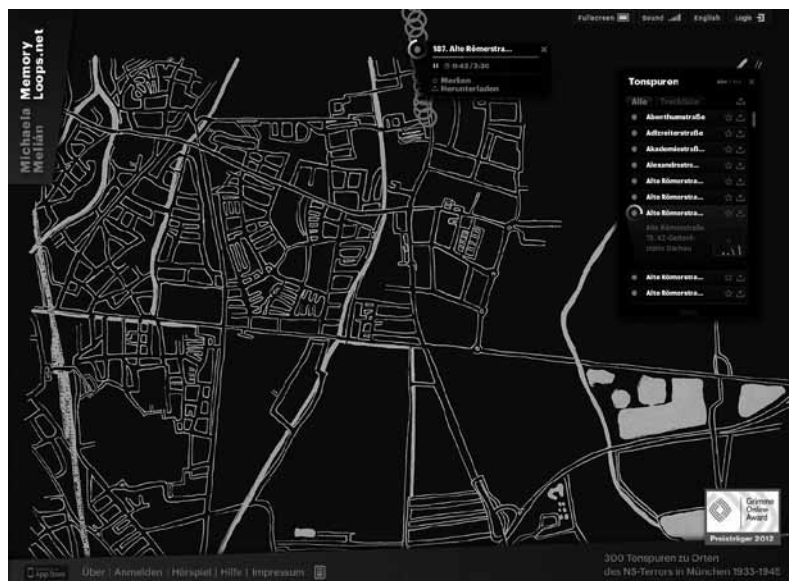
in Syrien, wo Präsident Assad weiterhin Blut vergießen lässt. Dort sind die Menschen zwar noch nicht so vernetzt wie anderswo, doch die staatliche Willkür erstreckt sich auch auf den virtuellen Raum. Wer sich etwa in ein Internet-Café setzt, gerät leicht in eine Polizeirazzia und muss mit den Beamten „Kaffee trinken gehen“ - eine Verniedlichung des folgenden Verhörs.

Auf die Unruhen in Tunesien und Ägypten reagierte der Staatsapparat mit den üblichen Mitteln: Internet abschalten und Menschen verhaften. Hinter Gittern landete zum Beispiel ein Cybernaut, der ein Video von den gewaltsam niedergeschlagenen Demonstrationen in Damaskus bei YouTube hochgeladen hatte. Besonders viele Schlagzeilen machte der Fall der 19-jährigen Bloggerin Tal al-Mallouhi, die zuerst monatelang an unbekanntem Ort festgehalten und dann zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde.

An vielen Orten scheint die Lage aussichtslos. Aber manchmal sind die Filter nicht perfekt eingestellt, wie Jens Kurbziel vom Chaos Computer Club erklärt. Dann lässt sich die Zensur mit einfachen Tricks umgehen, zum Beispiel durch das Weglassen des „www“ bei der Adresse. Auch das Einsetzen von Großbuchstaben (wWw.Beispiel.org statt www.beispiel.org) kann zum Erfolg führen. „Es lohnt sich immer wieder, auf die Fehler der Zensoren zu setzen“, meint Kurbziel. Auch wenn diese leicht behoben werden können.

Um an Informationen zu gelangen, machen Internet-Aktivistinnen auch Umwege und geben die eigentlich gesperrte Seite bei einem Übersetzungsprogramm ein. Manchmal kommt Hilfe von außen: Nichtregierungsorganisationen bringen Bloggern und Dissidenten vor Ort bei, wie Programme zur Umgehung von Zensur einzusetzen sind. Die internationale Netzaktivistengruppe Telecomix etwa unterstützt derzeit die Nutzer in Syrien. Je nachdem, in welchem Land sie sich befinden, müssen die Helfer auch „undercover“ arbeiten, erklärt Kurbziel, der selbst Schulungen im Jemen durchführte. Es gelte weiterhin ein alter Spruch des US-Bürgerrechtlers John Gilmore: „Das Internet behandelt Zensur als Fehler und umschiffte sie einfach.“

DOSSIER



Neue Arten, an dramatische vergangene Ereignisse zu erinnern. Ein freies Internet bietet Raum für künstlerische oder kollektive Aufarbeitung von Geschichte.

WWW.ERINNERUNG.NET

Nichts als Grabsteine

Andreas Lorenz-Meyer

Auch im Internet wird versucht, die Erinnerung an Verbrechen und Völkermord wachzuhalten. Das geht weit über reine Information hinaus.

Auf der Seite „Memory Loops“ ist Erinnerung wie ein virtuelles Kunstwerk aufgebaut. Nutzer sehen als erstes eine Stadtkarte von München: Der Wirrwarr grauer Straßenzüge auf schwarzem Hintergrund, darauf verteilt lauter blaue Kreise, die im Zentrum dicht beieinander und teilweise übereinander liegen. Geht man auf einen dieser Kreise, so erscheinen Adressen, zum Beispiel Lenbachplatz 3. Beim Anklicken ist plötzlich eine Kinderstimme zu hören, die eine Mitteilung von Hitlers Privatsekretär Martin Bormann aus dem Jahr 1942 verliest: „Betrifft beschlagnahmte Kunstschätze bei der Firma Bernheimer, München“. In der Audiodatei (Länge 1,38 Minuten) wird die Plünderung einer Kunstsammlung befohlen: „Öffentliche Münchener Galerien können sich herausuchen, was sie an Bildern haben wollen.“

Download statt Kranzniederlegung

300 deutsche und 175 englische Tonspuren umfasst das internetbasierte Audioarchiv der Künstlerin Michaela Melián, das den NS-Terror in München dokumentiert. Der Trick, neben Erwachsenen auch Kinder vorlesen zu lassen, verstärkt die Wirkung der Originaltexte. Besonders wenn

die Bekanntmachungen Willkür und Entrechtung in typisches Beamtendeutsch fassen. Auch der Boykottaufruf vom März 1933 wird von zarter Kindesstimme vorgetragen: „Kauft nicht in jüdischen Warenhäusern! Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten! Meidet jüdische Ärzte!“

Die Audio-Dateien sind aber nicht allein für das Anhören im Internet gedacht, sondern verweisen auf reale Orte der Verfolgung: das Hofbräuhaus, die Feldherrnhalle, das Polizeipräsidium. Aufs Mobiltelefon oder den MP3-Player überspielt, sollen sie dorthin mitgenommen und gehört werden – ganz zeitgemäß mit Stecker im Ohr. Die „Erinnerungsschleifen“ führen also aus dem virtuellen Raum heraus in die Straßen der Stadt. Michaela Melián lässt dabei die Originaltexte für sich sprechen, begleitende Erklärungen sind überflüssig. Das preisgekrönte Projekt stieß in München anfangs auf einige Skepsis. Aber es spricht alle die an, die mit einem Download mehr anfangen können als mit einer Kranzniederlegung.

Von den fast 200.000 Menschen, die zwischen 1938 und 1945 im KZ Mauthausen inhaftiert waren, überlebte nur die Hälfte. Zwanzig dieser Überlebenden erzählen auf der Seite der österreichischen Gedenkstätte vom Schrecken des Lageralltags und dem Leben danach. Die Berichte sind Teil des „Mauthausen Survivors Documentation Project“, bei dem 900 Audio- und 90 Video-Interviews aufgenommen wurden. Die ehemaligen

Häftlinge sprechen in ihrer Muttersprache, die Interviews sind deutsch untertitelt. In den USA etwa entstand der Bericht von Solomon J. Salat, einem gebürtigen Polen, der ab August 1944 unter anderem im Steinbruch von Mauthausen arbeiten musste und später nach Amerika auswanderte. Salat sagt: „Wenn ich durch das Fenster meiner Erinnerungen schaue, sehe ich nichts als Grabsteine.“

Memory-Sharing

Die israelische Gedenkstätte Yad Vashem nutzt das Internet im Sinne des Web 2.0: Nutzer werden an der Aktualisierung des zentralen Datenbestands von Shoah-Opfern beteiligt. Seit 2004 steht ein einfaches Formular online, in welches die Namen noch nicht registrierter Opfer eingegeben werden können. Vorschläge zur Korrektur von fehlerhaften Einträgen sind ebenfalls möglich. Bevor die Daten – digitalisierte Fotografien oder Dokumente – in den Bestand übergehen, werden sie auf Plausibilität geprüft. Zur Zeit sind im Datenbestand annähernd drei Millionen Personen aufgeführt.

Vor über zehn Jahren lenkten Terroristen zwei gekaperte Flugzeuge in die Zwillingstürme des New Yorker World Trade Centre. Auch dieses Anschlags wird im Netz auf besondere Art gedacht. Beim „Sonic Memorial Project“ haben sich unabhängige Radiomacher, Künstler, Musiker, Archivare, Journalisten, Historiker und

Webdesigner zusammengetan und aus privaten Aufnahmen und Erinnerungen an den 11. September 2001 eine Sound-Skulptur geformt: Interviews, Polizeifunk, Nachrichten auf Anrufbeantwortern. Da ist zum Beispiel Romi Porrazzos Botschaft aus dem 60. Stock des Nordturms. Um 8.48 Uhr spricht er seiner Frau aufs Band: Es habe eine Explosion gegeben und nun sei alles auf der Flucht. Zu hören sind auch Geräusche auf den Straßen. Etwa das Glockenläuten von St. Luke's Church mit dem Heulen der Sirenen im Hintergrund. Oder das Getrappel der Massen, die über die Manhattan Bridge Richtung Brooklyn flüchten, weg von den Türmen.

„Sonic Memorial Project“ ist ein offenes Archiv, jeder kann seinen Beitrag hochladen. Viele New Yorker haben im Nachhinein Gedichte oder Musikstücke geschrieben. Aber die Sound-Skulptur reicht auch in die Vergangenheit zurück. 1982 rauscht der Fahrstuhl zum Observation Deck hinauf. Und im August 2001 schlagen die Schwingtüren an den Eingängen. Alltagsgeräusche aus der Zeit vor dem 11. September.

<http://yadvashem.org>

www.memoryloops.net/de#!intro

www.sonicmemorial.org/sonic/public/index.html

www.mauthausen-memorial.at/index_open.php